

Politik in der Wachstumsfalle

Mit Wachstum aus der Krise oder durch Wachstum in die Krise?

Wie findet die Politik aus der Wachstumsfalle heraus? Das war die zentrale Frage, mit der sich die 160 Teilnehmer der Loccumer Tagung „Politik in der Wachstumsfalle“ vom 2. bis 4. Juli 2010 auseinandersetzten. Zu der Tagung anlässlich Gerhard Scherhorns 80. Geburtstag hatten die Evangelische Akademie Loccum, das Wuppertal Institut und Daniel Dahm eingeladen.

Wachstum ist zentral für die Politik und das politische Denken in Deutschland. So soll ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz den Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ebnen. Der Erfolg der Wirtschaft und oft auch die Lage der Nation werden am Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes gemessen. Immer wieder werden Politiker an der Höhe des wirtschaftlichen Wachstums gemessen. Zudem sind ihre Gestaltungsspielräume eng gebunden an die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Zugleich beruht unser Wirtschaften zu einem großen Teil auf Substanzverzehr. Das wird angesichts der Konfrontation mit der Begrenztheit natürlicher Ressourcen ganz offensichtlich zu einem Problem. Sind wir in eine Wachstumsfalle geraten?

Der 80. Geburtstag Gerhard Scherhorns gab Anlass, über Strategien zur Befreiung der Politik aus dieser Wachstumsfalle nachzudenken. Wie lässt sich die Externalisierung privater Kosten wirksam unterbinden? Und wie verändert sich Wohlstand, wenn er nicht länger auf Wachstum beruhen soll?

In den Tagungsdiskussionen wurde deutlich, dass neben einer Alternative zum wachstumszentrierten politischen Leitbild Antworten auf drängende soziale Fragen gefunden werden müssen, deren Beantwortung bisher im Vertrauen auf stetiges Wirtschaftswachstum unterblieben ist. Wie lässt sich eine Wirtschaft ohne Wachstum organisieren? Welche Probleme und Einschnitte resultieren aus einem ökologischen Umsteuern, und wie wird eine Marktwirtschaft damit fertig?

An scharfen Analysen und alternativen Wirtschaftskonzepten herrscht kein Mangel, Strategien zur Umsetzung dieser Konzepte sind allerdings weniger stark ausgebildet. Aus der Wachstumsfalle kann die Politik aber nur dann finden, wenn Akteure und Strategien zu ihrer Befreiung bereit stehen. Der folgende Tagungsrückblick nimmt diese thematische Gliederung (Leitbild, Problemfelder und Strategien) auf.

Leitbild

Die Tagungsteilnehmer waren sich einig, dass sich Wachstum als Ziel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verselbstständigt hat. So wurde aus einem Mittel, das der Erlangung von Wohlstand dienen sollte, ein Problem, das die allgemeine Wohlfahrt nicht mehr steigert, sondern sie sogar mindert. Hans Diefenbacher, Leiter des Arbeitsbereichs Frieden & Nachhaltige Entwicklung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, beantwortete dieses Dilemma damit, dass es eigentlich um die **Maximierung von Lebenszufriedenheit** und nicht um die Steigerung von Wirtschaftswachstum gehen müsste.

Für Niko Paech, Professor für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, liegt das an unserer **Orientierung an Objekten**, anstatt uns selbst als Subjekt in den Mittelpunkt zu stellen. Erfolg würde so über den Gebrauch und Verbrauch von Objekten definiert, nicht aber in Bezug auf die Lebenssituation des Subjektes. Die Ursache für diese Fehlorientierung fanden Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands e.V. und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, und der Hamburger Philosoph Klaus-Michael Meyer-Abich im modernen westlichen Fortschrittsverständnis, das die Beherrschung der natürlichen Umwelt und ihren Gebrauch als zentrales Aufklärungsprojekt zum Kernbestandteil habe. Wachstum jenseits natürlicher Grenzen würde so zum Sinnbild menschlicher Vervollkommnung.

Meyer-Abich warnte aber eindringlich, dass ein solches Fortschrittsverständnis nur so lange möglich sei, wie die **Materialität unserer Wirtschaftsgüter** ignoriert würde. Durch unsere Fokussierung auf die Funktion von Gütern erfassten wir nur deren gewünschte und damit positive Wirkung, aber nicht die Last, die diese Güter bedeuteten, wenn sie diese Funktion nicht mehr erfüllten. Wir klammern aus unseren Betrachtungen also die Materie des Gutes aus, die bei Funktionsverlust als Abfall zum Problem wird. Da das Projekt der Moderne, Materie durch die Naturwissenschaft zu bändigen, misslungen sei, gelte es nun, die Materie und insbesondere den Erhaltungssatz der Materie in der Wirtschaftswissenschaft zur Kenntnis zu nehmen. Bei angemessener Berücksichtigung der Materialität müsste wirtschaftliches Wachstum grundlegend anders bewertet werden.

Während Meyer-Abich so ein neues Leitbild für die Wirtschaftswissenschaft forderte, sahen Diefenbacher, Paech und Müller Neuorientierungsbedarf eher im gesellschaftlichen und politischen Bereich. Paechs Subjektorientierung würde eine Ablösung der umweltpolitischen **Effizienzstrategien** (z.B. die Unterstützung energiesparender Technologien) durch **Suffizienzstrategien** (z.B. Verzicht auf energieintensive Verkehrsmittel) bedeuten. Anstatt Ressourcenverbrauch auf die eingesetzten Güter zu beziehen, würde so die Ressourcenintensität individuellen Verhaltens in den Mittelpunkt rücken. Dieses Umdenken müsste sowohl auf der individuellen Ebene als auch in Politik und Gesellschaft stattfinden.

Dabei müsse Suffizienz nicht nur Verzicht sein, sondern böte auch die Chance Ballast abzuwerfen und so Lebenszufriedenheit zu steigern, so Paech. Eine positivere Bewertung von Engagement und Nicht-Erwerbstätigkeit, wie von Diefenbacher gefordert, würde suffiziente Lebensstile ebenso attraktiver machen. Das müsse zentral sein, sagte Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, denn neue Leitbilder dürften keine Angst vor wirtschaftlichem Abstieg schüren.

Andrea Baier, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft Anstiftung und Ertomis, argumentierte, dass eine solche **Subsistenzorientierung** auch bedeutend menschlicher wäre, da sie der Vermarktlichung aller Lebens- und Arbeitsbereiche entgegen wirke. Lebensqualität würde so jenseits von Geld und Markt definiert. Subsistenz und gemeinschaftliche Lebensweisen haben in Öko-Dörfern durchaus eine feste Verwurzelung, aber bisher waren solche Modelle primär auf ländliche Lebensräume beschränkt. Demgegenüber stellt die urbane Subsistenz wesentliche Beiträge zur gesellschaftlichen Wohlfahrt. Auch die Wiederaneignung, die Pflege und der Erhalt von Gemeinschaftsgütern stellt eine wichtige Dimension der wirtschaftlichen Selbstversorgung dar. Julio Lambing, Managing Director des e5-European Business Council for Sustainable Energy, stellte anhand kreativer und elektronischer Allmenden den Einzug von Subsistenz in urbane Milieus fest, der durch dezentrale Wirtschaftsformen, wie Peer-2-Peer Produktion weiter verstärkt werden könne. Weiterhin bildeten sich vor allem in Städten neue Formen soziokultureller Erlebniswelten, die gemeinschaftlich und kreativ-sinnlich immaterielle Alternativen jenseits materieller Konsumformen bieten. Das käme auch Paechs Vision entgegen, Wertschöpfungsketten zu verkürzen und wirtschaftliche Aktivität zu entmaterialisieren. Joachim Spangenberg, Mitglied des BUND-Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen, schlug vor, Subsistenz als Maßstab für soziale Sicherung anzulegen und dazu ein Grundeinkommen auf physischer, nicht-monetärer Grundlage zu etablieren, das die Bedürfnisse an Wohnung, Nahrung und Mobilität befriedige.

Problemfelder

In den Tagungsdiskussionen herrschte eine ökologische Kritik wirtschaftlichen Wachstums vor. Weitere kritische Perspektiven auf die Wachstumsorientierung von Politik und Wirtschaft gibt es auch aus Sicht derer, die sich mit staatlicher Verschuldung, der Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme und der moralisch-ethischen Orientierung der Wirtschaft beschäftigen. Wachstumskritik, die nicht nur grundsätzlich, sondern auch praktikabel sein will, muss sich mit Antworten auf diese Problemlagen beziehen. Müller wies darauf hin, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Schnitt 1,5% betrage, dass aber in fast allen Bereichen ein **Wachstum von ca. 3% erforderlich** sei, um Politik

ohne gravierende Einschnitte in existierende Besitzstände machen zu können. Durch den hohen Schuldenstand öffentlicher Haushalte, so Maik Heinemann, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Leuphana Universität Lüneburg, gäbe es zudem kaum verteilungspolitischen Spielraum. Daher fordert Müller auf, Wachstum und Wachstumsabhängigkeit als ökonomisches Problem zu diskutieren.

Irmi Seidl, Herausgeberin des Buchs *Postwachstumsgesellschaft*, machte deutlich, wie grundsätzlich die Abhängigkeit sozialen Friedens von wirtschaftlichem Wachstum ist. So sei das System der Alterssicherung durch das Umlageverfahren abhängig vom Wirtschaftssystem. Ausgaben im Gesundheitssystem machen 12% des Brutto-Inlandprodukts (BIP); Wachstumsrückgänge würden also auch hier zu Einschnitten führen. Zur Sicherung der bestehenden Beschäftigung sind aufgrund von Produktivitätssteigerungen 1-2% Wachstum erforderlich. Wachstum kann also nur reduziert werden, wenn der Arbeits- und Sozialbereich durch **Umverteilung** von seiner Wachstumsabhängigkeit befreit werden kann. Dementsprechend merkte Baier an, dass Arbeit breiter verteilt werden müsste, obwohl der derzeitige Trend in die andere Richtung wies. Müller wies daraufhin, dass Produktivität nicht durch Arbeitsproduktivität gesteigert werden dürfte. Wenn Produktivitätsgewinne beispielsweise aus effizienterem Ressourceneinsatz erzielt würden, läge auch ohne Wachstum weniger Druck auf dem Faktor Arbeit.

In der politischen Diskussion wird derzeit den **Wohlstandsindikatoren** viel Aufmerksamkeit geschenkt. In seinem Artikel zur Wachstums-Enquete Kommission schrieb der Fraktionsvorsitzende der SPD Bundestagsfraktion Franz-Walter Steinmeier in der *Financial Times Deutschland* (18. April 2010) von nichts anderem als einem „Fortschrittsindikator.“ Der französische Präsident hatte zu dem Thema eigens eine Kommission um den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz eingerichtet und die Bundeskanzlerin hat den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung damit beauftragt einen neuen Wohlstandsindikator zu entwickeln. Als einer der etabliertesten Experten auf diesem Gebiet, wies Diefenbacher darauf hin, dass die Kernfrage sei: „Was soll wachsen?“ Erst nach Beantwortung dieser Frage, die direkt an die oben skizzierte Leitbilddiskussion anschließt, ließe sich ein guter Indikator entwickeln, der echte Wohlfahrt messe. Wichtig sei die Messung absoluten Wachstums und die Einbeziehung von Zu- und Abschlägen für Externalitäten und Nicht-Erwerbsarbeit, wie Gerhard Scherhorn feststellte. Die Entwicklung handfester Indikatoren als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt ist für Miersch eine wichtige Voraussetzung, um den politischen Prozess zu einer nachhaltigen Wirtschaft organisieren zu können.

Alternativen im Sozial- und Arbeitsbereich sowie verlässliche Wohlstandsindikatoren sind erforderlich, um es der Politik zu ermöglichen, sich vom Wachstumszwang zu lösen. Für eine vollständige Entkopplung ist es aber auch nötig, der Wirtschaft neue Konzepte zur Verfügung zu stellen. Der Wachstumszwang erwächst hier nicht direkt aus der wirtschaftlichen Aktivität, sondern aus Kapitalrenditeerwartungen, die Unternehmen erfüllen müssen. Müller sprach in diesem Zusammenhang von der **Entmoralisierung der Wirtschaft** durch den Finanzkapitalismus. Andreas Neukirch, Vorstand der GLS Bank, identifizierte hier besonders den Zinseszins bei gleichzeitiger Inflation von Vermögenswerten als einen Wachstumstreiber. Allerdings würde die Inflation von Vermögenswerten nicht in den üblichen Inflationsindikatoren abgebildet. Stephan Bannas, Autor des Buchs *Faire Marktwirtschaft*, schlug vor, Unternehmen durch mehr Wertorientierung und Sinn in ihrem Handeln in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Insbesondere regt er an, durch die Abschaffung von Aktiengesellschaften, von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und des Markenschutzes, den einzelhaftenden Unternehmer zurück in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen.

Strategien

Schon zu Beginn der Tagung stellte Diefenbacher die „cantus firmus“ Fragen, warum der Wachstumsdiskurs immer noch in einer Nische geführt würde und warum es so schwer sei, die **Diffusion jenseits der Nische** zu erreichen. An alternativen Konzepten mangelt es nicht, wie die Tagungsdiskussionen eindrücklich bewiesen haben. In Bezug auf Umsetzungsstrategien war die Tagung weniger ergiebig; dennoch fielen in den Diskussionen immer wieder strategische Hinweise, die im Folgenden dargestellt werden.

Diefenbacher skizzierte das Grundproblem so, dass man die Politik dazu bekommen müsste, zuerst über Suffizienz und danach erst über Effizienz zu reden. Zudem gelte es, Politiker dahin zu bekommen, BIP-reduzierende Politik zu machen. Miersch gab zu bedenken, dass die Debatte außerhalb der wachstumskritischen Community grundsätzlich anders geführt werde. Daher könne nicht auf den Triumph der „besseren“ Konzepte vertraut werden. Vielmehr müsse es die Aufgabe sein, den **Diskurs aus den etablierten Kreisen heraus zu tragen** und die Gedankengänge der Wachstumskritiker für andere nachvollziehbar zu machen. Für diese Art von Mobilisierung seien Konzepte wie Nachhaltigkeit und Postwachstum allerdings zu abstrakt, so Miersch. Abhilfe könnten hier handfeste Indikatoren leisten, die Kosten und Nutzen unterschiedlicher Wirtschaftsformen transparent und (be-)greifbar machten. Alexis Passadakis vom Attac Koordinierungskreis sieht die anstehende Umorientierung in Bezug auf Wachstum als Teil einer breiteren solidarischen Transformation. Dafür seien plausible „Make“ Konzepte und klare Richtungsforderungen erforderlich. Spangenberg unterstrich, dass diese Konzepte positiv wahrgenommene Optionen sein müssten.

Müller hält einen solchen ernsthaften Diskussionsprozess besonders im Vorfeld der sich abzeichnenden **Enquete-Kommission** für erforderlich. Für den Erfolg der Enquete Diskussionen sei besonders der Umfang ihres Auftrags wichtig. Bei einem ausreichend weitem Auftrag könnte die Kommission auch solche Impulse setzen, die in der aktuellen tagespolitischen Diskussion als wenig wahrscheinlich erscheinen. So habe die Klima-Enquete im Kontext einer generell Atom-freundlichen Stimmung zu einem Anti-Atom Resultat geführt. Neben dem Diskurs an sich sind aber auch Querverbindungen mit anderen Politikfeldern wichtig. So sei die Einführung der Ökosteuer geglückt, da die Sozialpolitik ein neues Finanzierungsinstrument brauchte. Durch solche Verbindungen lassen sich nicht nur Interessenkoalitionen zur Unterstützung einer Initiative organisieren, sondern die Reformen auch langfristig absichern. Gelegenheit zur Netzwerkbildung gibt es auch auf der transnationalen Ebene. Stiglitz und Delors hätten mit ihren Initiativen global großes Interesse hervorgerufen. In den USA bestände wenig Hoffnung auf Realisierung; daher wäre Europa für deren Umsetzung von zentraler Bedeutung, so Müller.

Die enge Koppelung an verschiedene Politikfelder ist Chance und Hindernis zugleich. Wie Heinemann deutlich machte, sei Verteilung der Kern jeder politischen Debatte. Ein Umstand, der direkte Anknüpfungspunkte für Koalitionen bildet, aber aufgrund seiner Komplexität auch zur Nichtbeachtung verleitet. Heinemann zufolge müsse die politische **Zentralität von Verteilung** in das Bewusstsein der Ökonomie eingeschärft werden.

Im Rahmen der Debatte um die Weltfinanzkrise werden Reformansätze breit diskutiert, die noch vor kurzem nicht politikfähig galten. So werden **Finanztransaktionssteuern** nicht nur als probates Mittel zur Stabilisierung von Finanzmärkten gesehen, sondern sie eignen sich auch als Instrument, um den Wachstumsdruck, der von Finanzkapital ausgeht, zu reduzieren, indem sie den fehlenden Preis für den Verkehr von Finanzen ersetzen würden, so Neukirch. Scherhorn fasste die Beiträge von Bannas und Neukirch so zusammen, dass die Grenzen des Wachstums auf für das Kapital gelten müssten.

Müller hält es für nötig, die **Wachstumsdebatte in aller Härte** zu führen. Dafür sei es erforderlich, eine scharfe Problemanalyse zu liefern, tragfähige Netzwerke zu bilden und eine Vision als Alternative aufzuzeigen. Die Loccumer Tagung führte Analytiker und Visionäre zusammen. Die Tragfähigkeit der hier gebildeten Netzwerke wird sich in der weiteren politischen Debatte beweisen müssen.

Loccum, im August 2010

Marcus Schaper, Studienleiter für Internationale Politik
Marcus.Schaper@evlka.de

Diese Zusammenfassung und weitere Informationen zur Tagung sind im Internet unter <http://www.loccum.de/wachstum/> verfügbar.